Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich:
Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis **10** Uhr vormittags.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht"
Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 26. **Bielefeld,** Freitag, 31. Januar 1896. **7. Jahrgang.**

Deutscher Reichstag.

(Rede des Abg. Auer aus der 26. Sitzung vom 29. Januar.)

Unser Antrag hat dem Hause schon im Vorjahre vorgelegen. Wohl auf allen Seiten des Hauses war der Gedanke vorhanden, daß eine Aenderung des Vereins- und Versammlungsrechts notwendig und ein gemeinsames Recht für das gesamte Reich erforderlich ist. Trotzdem ist man auf unseren Vorschlag nicht eingegangen, man sagte, die Zeit sei nicht dazu angethan. Wann wird aber diese rechte Zeit einmal kommen? Der Auffassung, daß man einen Antrag nicht einbringen soll, wenn er keine Aussicht auf Annahme hat, können wir nicht beitreten. Die Thatsache, daß heute die Bundesratstische links und rechts leer sind, beweist doch zur Genüge, daß der eben angenommene Antrag Rickert auch keine Aussicht auf Annahme im Bundesrat hat. Die Konservativen besitzen ja eine glückliche Ungeniertheit, mit ihren Anträgen immer wieder zu kommen, ich erinnere nur an den Antrag, betreffend den Befähigungsnachweis. Warum also die nationalliberale Bedenklichkeit, die da sagt: Es ist nicht die rechte Zeit. Herr Bachem wendete sich im Vorjahre vorzugsweise gegen die Zulassung von Minderjährigen und Frauen. Die Angst vor den Minderjährigen ist doch ganz unberechtigt. Ein Minderjähriger muß unter Umständen zur Waffe greifen und das Vaterland verteidigen. Warum sollen diese Leute nicht die politische Erziehung genießen, die Herr Gröber vorhin für so notwendig erklärte. Grade der Mangel an politischer Erziehung läßt sie dem Demagogentum verfallen, das Graf Lirum-Larum (Große Heiterkeit) so sehr beklagte. Der Einwand gegen das Vereinigungsrecht der Frau entspringt doch einer ganz antiquierten philiströsen Auffassung. Er erinnert mich an den Streit der Scholasten, ob die Frau eine Seele habe. In Schwaben darf die Frau an politischen Versammlungen teilnehmen, und der Kollege Gröber wird Ihnen bestätigen, daß die schwäbische Frau eine ebenso gute Hausfrau ist, wie die preußische. In demselben Atem, wie Herr Bachem sagte, daß die Frau schweigen soll — sie thuts nicht immer — (Heiterkeit) sprach er davon, daß inbezug auf das wirtschaftliche Koalitionsrecht der Frau eine Ausnahme zu machen sei. Beide Dinge gehören eben ineinander. Wenn Sie der Frau das Koalitionsrecht geben, müssen Sie ihr auch das politische Vereinigungsrecht geben. Die Anschauungen über die Frauenfrage haben sich ja auch in konservativen Kreisen schon geändert. Auf dem evangelisch-sozialen Kongresse ist letzthin eine Frau mit großem Erfolge als Rednerin aufgetreten. Abgesehen von dem absoluten Staate Mecklenburg sind auch sonst im Vaterlande die Zustände ganz unhaltbare. In Anhalt darf z. B. nur ein Anhaltiner Mitglied eines politischen Vereins sein und dieser Rechtsgrundsatz ist gegen unsere Partei bis in die höchste Instanz durchgeführt worden. In Sachsen-Weimar ist alles, was im Gesetz nicht direkt verboten ist, durch Polizeiverordnung geregelt worden. Vom Elsaß will ich gar nicht reden. In Mecklenburg bestimmt alles das Ministerium. (Zuruf des Abg. v. Buchka.) Sie geniert das nicht. Wer Rittergutsbesitzer ist, oder hoher Beamter, alle gesellschaftlichen Vorteile genießt und außerdem der Meinung ist, daß die große Masse des Plebs überhaupt nichts zu sagen hat, den geniert das nicht. Aber es giebt doch noch andere Leute, die gegenseitig ihre Meinung austauschen wollen. In Reuß ä. L., das ja auch im Bundesrat immer etwas Besonderes will, dürfen überhaupt keine politischen Vereine bestehen. (Große Heiterkeit.) So giebt es 26 verschiedene Vereinsgesetze. Da müssen einem ja die Haare zu Berge stehen. (Große Heiterkeit.) Nehmen Sie einmal Hamburg und Altona an. In Hamburg dürfen die Vereine miteinander in Verbindung treten, in Altona, zehn Schritte weiter, wird das bestraft. Ebenso ist es in Alt- und Neu-Ulm an der württemberg-baierischen Grenze. In Württemberg dürfen Frauen an den Versammlungen teilnehmen, in Baiern wird das als ein großes Unglück angesehen, und die Polizei sucht und schnüffelt, ob nicht irgendwo in einer Versammlung eine Frau zu finden ist. Und da redet man von deutscher Einheit und Gleichheit der deutschen Bürger vor dem Gesetz! Man hat uns hier chikaniert und unsere Organisation aufgelöst. Wir haben unseren Vorstand nach Hamburg geschickt. Dort funktioniert er. Was hier in Berlin drei Monate Gefängnis kostet, darf man in Hamburg und Württemberg ungestraft thun. (Heiterkeit.) Drei Monate sind ja nicht schlimm. (Heiterkeit.) Wir werden sie absitzen mit der Resignation, die einem guten Staatsbürger ziemt. (Große Heiterkeit.) Aber die Sache wird doch schlimmer, wenn man sie einer Handlung wegen verbüßen muß, die man anderswo ungeschoren begehen darf. Dazu kommt, daß wir uns alle Mühe gegeben haben, nicht gegen das Vereinsgesetz zu verstoßen. Fünf Jahre hat man uns auch nicht behelligt. Da kommt auf einmal Herr Köller. Der träumt da oben, er müsse zu einem großen Schlage ausholen und die Sozialdemokraten vernichten, und geht dann selbst nach Kamin, um stille Betrachtungen über den Abschluß einer Ministerkarrière anzustellen. (Große Heiterkeit.) Alle anderen Parteien sind thatsächlich viel schlimmere Sünder. Sehen wir uns doch einmal die Organisation der konservativen Partei an, um die sich natürlich kein Staatsanwalt kümmert. 54 Herren sitzen in der Parteileitung, 30 auf dem Lande, 24 im Parlamente. Die einheitliche Leitung liegt dem jetzt in der Hammerstein-Affäre viel genannten Elfer-Ausschuß ob. Dieser Elfer-Ausschuß steht natürlich fortgesetzt mit der Parteileitung in Verbindung, er muß es auch natürlicherweise. Also genau wie bei uns. Unser Vorstand aber wird aufgelöst. Ich möchte den Lärm hören, den die Herren anstimmten, wenn ihnen so etwas passierte! Die können schreien, ganz anders wie wir. (Heiterkeit.) Die Konservativen haben die Agitation geregelt wie wir, sie haben ein Vertrauensmännersystem wie wir. Sie machen alle jene Schlingeleien, ohne daß sich eine Behörde darum schert. (Große Heiterkeit.) Wir machen der konservativen Partei keinen Vorwurf, aber was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig, und es nicht schön, den Pharisäer zu spielen. M. H., Sie sind noch viel größere Sünder wie wir. Zur Illustration des Vorgehens der Behörden gegen uns will ich einige Fälle aus Sachsen anführen. Der sächsischen Wahlrechtsliga haben sich bekanntlich während weniger Tage 28000 Mitglieder angeschlossen. Sie sehen daraus, welche Aufregung im sächsischen Volke herrscht. Diese Liga ist sofort aufgelöst worden, und zwar unter der Begründung, daß ein Unterschied in dem offiziellen und dem in den Blättern veröffentlichten Statut vorhanden sei. Ist das noch eine Begründung zu nennen? Wenn das nicht ein Mißbrauch ist, dann giebt es keinen! In Pegau in Sachsen ist eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Das geplante Attentat auf das Wahlrecht" verboten worden, weil die Tagesordnung erkennen lasse, daß die Versammlung zu Gesetzesübertretungen anreizen und unsittliche Zwecke verfolgen solle. Der Mann, der dieses Verbot erdacht hat, heißt Heidemann und ist Bürgermeister in Pegau. Die Krone der offenbarsten Willkür kann niemand den sächsischen Behörden streitig machen, so viel auch ähnliches anderwärts geschieht. In Berlin haben sich neun konservative Vereine zur Feier des Geburtstages zusammengethan. Würden sich sozialdemokratische Vereine zusammenthun, so würde die Polizei sofort dazwischenfahren. Wir wollen nicht denunzieren, aber ich konstatiere vor dem ganzen Volke, daß auf diesem Gebiete abscheulich mit zweierlei Maß gemessen wird. Herr v. Stumm hat sich über mangelnde Koalitionsfreiheit für die Unternehmer beklagt. Nun, der Zentralverband deutscher Industrieller erörtert ungestört politische Angelegenheiten, wie die Währungsfrage und dergl. Würden seine Leiter unter Anklage gestellt, sie müßten verurteilt werden. Sie werden aber nicht angeklagt. Wo bliebe der deutsche Katholikentag, der sicherlich eine Verletzung des § 8 des deutschen Vereinsgesetzes darstellt, wenn gegen denselben verfahren würde, wie gegen unsere Partei. Mit dem Protestantenverein wird es wahrscheinlich ebenso stehen. Wenn sich solche Dinge, wie die Auflösung unserer Partei, ereignen, müßten Sie alle für die Abänderung des Vereinsgesetzes sorgen. Denn es handelt sich auch um Ihre Sache. Mit dem zweierlei Maß kommen Sie nicht weiter. Während es bei den Arbeitern als „grober Unfug" bestraft wird, wenn sie auffordern, den Zuzug fernzuhalten, ist den Unternehmern alles erlaubt. Kein Staatsanwalt kümmert sich um die „schwarzen Listen", die auf Monate bestimmte Arbeiter außer Lohn und Brot zu bringen suchen. Daher die große, wachsende Unzufriedenheit unter den Arbeitern. Sie reden stets von Ihrer Arbeiterfreundlichkeit. Hier ist Rhodus, tanzen Sie hier! Sichern Sie den Arbeitern die Koalitionsfreiheit, das ist besser, als alle Ihre Versicherungen, Sie wollten das beste der Arbeiter. Ja, das beste der Arbeiter wollen Sie allerdings, die Arbeiter geben es Ihnen blos nicht. (Heiterkeit.) Wenn man sieht, wie beständig mit zweierlei Maß gemessen wird, so kommt man in der That zu der Anschauung, daß man die Arbeiter aufreizen und zu Akten der Verzweiflung treiben will. In den „Hamburger Nachrichten" wird diese Absicht von nicht einflußloser Seite offen angekündigt. Die Arbeiter werden sich freilich hüten, trotz alles Unrechtes, das sie leiden, den Paradefexen und Salonhelden Gelegenheit zu geben, sich in der Heldenrolle des Sir Falstaff zu versuchen. Sie werden verlangen, daß ihnen gleiches Recht wird. Was soll es Ihnen helfen, daß Sie in der Arbeiterschaft fortgesetzt den Stachel wirken lassen, es werde nach zweierlei Recht verfahren. Sie reden immer davon, daß Sie die Arbeiter versöhnen wollen. Wie soll das möglich sein, wenn den Arbeitern gegenüber das Gesetz mit voller Rücksichtslosigkeit angewandt wird, während die herrschenden Klassen thun können, was sie wollen. Wer soll überhaupt den Kampf gegen uns führen bei der Zerrissenheit in Ihren eigenen Reihen? Etwa der bekannte Unbekannte, der seine von abgrundtiefer Gemeinheit der Gesinnung zeugenden Rezepte gegen die Sozialdemokratie in den „Hamb. Nachr. ablagert? (Lärm rechts. Rufe: Zur Ordnung!) Selbst Herr Stumm ist jetzt sanft geworden, er leugnet ab, so manches gesagt zu haben. Und was ist aus Herrn Stöcker geworden, der einst umjubelt in die Arena stieg, um die Sozialdemokratie zu überwinden? Seine einstigen Busenfreunde nennen ihn jetzt einen „gemeingefährlichen Demagogen". (Große Heiterkeit.) Kommen die Agrarier in betracht. Aber das sind ja auch „gemeingefährliche Leute", die stehen auf unserer Seite. (Große Heiterkeit.) Bleibt Herr v. Köller. Aber der sitzt in Kamin und ist ganz still geworden. Er hat von der Sozialdemokratie gegessen und ist daran gestorben. (Große Heiterkeit.) Wer die Sozialdemokratie zu vernichten sucht, geht selbst zu Grunde. Das einzige verständige Mittel, das Ihnen bleibt, ist, daß Sie der Justiz wieder die Binde vor die Augen legen. Lassen Sie Gerechtigkeit walten, und das thun Sie, indem Sie unserem Antrage zustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte wird vertagt.

Persönlich bemerkt v. Buchka (K.): Daß Herr Auer mich für einen Erzreaktionär betrachtet, bin ich gewohnt. Aber er hat es für gut befunden, sich an meinem Vaterland Mecklenburg zu reiben und die dortigen Zustände zu kritisieren. Sie sind ebenso gut wie anderswo, und die Leute sind zufrieden. Diese Herabwürdigung meines Vaterlandes Mecklenburg weise ich zurück. (Lachen links.)

---

27. Sitzung vom 30. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Boetticher.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern wird fortgesetzt bei dem Kapitel Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen.

Abg. Metzger (Soz.): Ich muß auch in diesem Jahre die Anfrage an die Regierung richten, wie es eigentlich mit der allseitig als notwendig erkannten Abänderung der Seemannsordnung steht. Herr von Boetticher hat im vorigen Jahre erklärt, daß eine Novelle zur Seemannsordnung ausgearbeitet sei, welche der technischen Kommission zur Begutachtung übergeben sei. Bis heute hat man aber davon nichts mehr gehört, abgesehen von einem Gerücht, das in den letzten Tagen in Hamburg im Umlauf war. Es sollen neben einigen Rhedern auch einige Seeleute zur technischen Kommission berufen sein. Man nimmt an, daß die Rheder mit der Auswahl der Leute beauftragt worden sind. Es sollen Leute ausgewählt sein, die nicht einmal die Achtung, geschweige denn das Vertrauen ihrer Berufsgenossen genießen. Die Mißstimmung über dieses Gerücht ist in Seemannskreisen eine ganz bedeutende. Wenn ich nun heute wieder auf die Notwendigkeit einer Abänderung der Seemannsordnung hinweise, so möchte ich bitten, dabei gleichzeitig das Gesetz betr. die Untersuchung von Seeunfällen einer näheren Prüfung zu unterwerfen. Dieses 25 Jahre alte Gesetz reicht nach Ansicht der Seeleute nicht aus. Die Befugnisse der untersuchenden Seeämter müssen erweitert werden. Eine Untersuchung kann jetzt nur eintreten, wenn ein Menschenleben zu beklagen oder ein Schiff verloren gegangen ist, und auch nur, wenn die Untersuchung vom Reichsamt veranlaßt worden ist. Sie sind beschränkt in ihrem Urteil und können dem Schiffer und dem Steuermann höchstens das Patent aberkennen. Das ist nach Ansicht der praktischen Seeleute nicht genügend. Den Seeämtern sollten weitergehende Strafbefugnisse eingeräumt werden. Wer will uns denn noch weis machen, daß die Rheder aus einem besseren Holze geschnitzt sind als die anderen Unternehmer. Im Gegenteil, das Einführen der Chinesen und der Schwarzen aus Afrika beweist, daß sie die Arbeitskräfte so billig wie möglich nehmen. Die Schiffsunfälle sind in ihrer Mehrzahl auf übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft zurückzuführen. Es giebt Rheder, die eine Ausnahme machen. Von der Firma Jebsen sprechen z. B. auch die Seeleute nur mit Anerkennung. Aber bei den meisten Kollegen des Herrn Jebsen sieht es anders aus. Die Vorrichtungen zur Verhütung von Schiffsunfällen sind ungenügend, unterliegen namentlich keiner genügenden Kontrolle. Die Laternen der Segelschiffe konnten von der Behörde nur zum kleinen Teil geprüft werden. Eine Privatkontrolle genügt aber nicht. Die Bemannung der Schiffe läßt häufig viel zu wünschen übrig. Die seemännisch erfahrene Besatzung des „Fürst Bismarck" von der Hamburg-Amerikanischen Gesellschaft bestand z. B. nur aus einem Kapitän, 5 Offizieren, 2 Baggermeistern, 16 Matrosen und 6 Schiffsjungen, bei einer Gesamtbesatzung von 295 Mann. Die übrigen sind keine geprüften Seeleute. Die Aufstellung und Ablösung der Posten sind durchaus ungenügend organisiert. Was nützt bei einem Unfall ein Mann im Boot, der nicht zu rudern versteht? Beim Unfall der „Elbe" haben die Rettungsboote nicht funktioniert. In dieser Beziehung ist man aber nicht nur beim Norddeutschen Lloyd liederlich, sondern auch bei anderen Gesellschaften, wenn lange kein Unfall passiert ist! Auf dem Lloyddampfer „Stettin" wurden täglich die Boote in Gegenwart des Reichskommissars geprüft. Man fand kein Brot darin. Das wurde vom Reichskommissar scharf gerügt, man hat sich aber nicht daran gekehrt, das Schiff ging so in See, völlig unbrauchbar im Falle der Not. Solche Dinge beweisen eben, daß eine Privatkontrolle nichts nutzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was in bezug auf den Proviant gesündigt wird, ist geradezu ungeheuerlich, und eine Reihe von seeamtlichen Entscheidungen rügen das auch. Der Skorbut entsteht hauptsächlich infolge schlechter Ernährung der Mannschaft. Es kommt dabei zur seeamtlichen Entscheidung nur, wenn der Tod eines Mannes erfolgt ist. Sonst erfährt man nichts davon. Viele Krankheiten sind auch zurückzuführen auf die ungenügenden Wasch- und Reinigungsvorrichtungen auf den Schiffen. Vielleicht haben sich die Herren bei der Kanalfeier einmal diese Einrichtungen angesehen! Sie bestehen oft nur in einem kleinen Faß, in dem sich die gesamte Mannschaft waschen muß. Wir werden mit unserem Antrage auf Abänderung der Seemannsordnung

so lange kommen, bis sich die Reichsregierung entschließt, eine dementsprechende Vorlage zu machen. Ich empfehle Ihnen, sich mit einer solchen Vorlage zu beeilen, damit die Seeleute endlich sehen, daß sie nicht mehr die Stiefkinder der Sozialreform sind, daß der vielgepriesene Arbeiterschutz auch ihnen zu teil wird, die in einem verantwortungsvollen und gefahrvollen Beruf ihr Leben für die Dividenden der Rhedereibesitzer wagen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär von Boetticher: Wir wünschen die Sozialreform auch auf die Seeleute auszudehnen. Eine Novelle zur Seemannsordnung ist im Bundesrat ausgearbeitet, sie liegt der technischen Kommission für Seeschiffahrt vor. Nächsten Monat wird die zweite Beratung vorgenommen werden unter Hinzuziehung von praktischen Seeleuten, die nicht von den Rhedereien, sondern von den Regierungen ausgewählt worden sind. Die Seeämter sind nicht mit strafenden Befugnissen ausgestattet, weil das Sache der ordentlichen Gerichte ist. Was die vom Vorredner gewünschte Reichskontrolle über die gesamte Seeschiffahrt betrifft, so fehlt uns eigentlich nur noch eine Kontrolle über den Schiffsbau. Seit dem vorigen Jahre ist die Regierung bemüht, im Verein mit dem Germanischen Lloyd und der Seeberufsgenossenschaft die Frage zu untersuchen, ob die jetzige Kontrolle mit einiger Verschärfung genügt. Den Fall, den der Vorredner angeführt, werde ich untersuchen. Die Vorwürfe gegen den Nordd. Lloyd und die Hamb. Amerik. Packetfahrt sind unberechtigt. Ich habe mich erst bei der Kanalfeier überzeugt, wie tüchtig die Leitung dieser Institute ist. Vertrauen Sie doch nicht so leicht den Angaben irgend eines Anonymus.

Abg. Jebsen (nat.): Im Allgemeinen sind die Rheder Verbesserungen zugänglich. Unsere Werften bauen solide, dafür bürgen schon die strengen Vorschriften der Behörden. Jedenfalls stehen unsere deutschen Rhedereien den ausländischen durchaus nicht nach.

Abg. Freese (fr. Vg.): Im vorigen Frühjahr haben der Kollege Lenzmann und ich unangemeldet zwei Schiffe des Nordd. Lloyd, die „Ems“ und die „Havel“ in Bremerhaven inspiziert und alles in bester Ordnung gefunden. Die Ziffer der seemännisch vorgebildeten Mannschaft ist auf den Schiffen des Lloyd durchweg höher, als Metzger für den „Fürsten Bismarck“ angegeben habe.

Abg. Frhr. v. Stumm (freikons.): Mögen die Beschwerden des Abg. Metzger auch übertrieben sein, auf die Dauer wird sich eine schärfere staatliche Kontrolle der Rhederei nicht vermeiden lassen.

Abg. Bebel: Die Ausführungen meines Kollegen Metzger sind von keiner Seite widerlegt worden. Der Abg. Freese hat den Einrichtungen des „Norddeutschen Lloyd“ ein wahres Loblied gesungen. Schade nur, daß dieses Loblied in schroffem Widerspruch zu den amtlichen Feststellungen steht, die gelegentlich des Untergangs der „Elbe“ erfolgt sind. Auch ist er unmittelbar nach dem Verlust der „Elbe“ und den Reichstagsdebatten hierüber nach Bremerhaven gegangen. Da hätte ich ihm gleich voraussagen können, daß er alles in schönster Ordnung antreffen werde. Am 14. Februar des vorigen Jahres verlas ich das Telegramm, das mir aus Bremerhaven zuging und worin mitgeteilt wird, daß der Lloyd sofort nach dem Bekanntwerden des Unglücks der „Elbe“ all das veranlaßt habe, was vorher schwer vernachlässigt war, Uebungen im Ausschwenken der Bote, im Schließen der Schotten usw, Uebungen, die regelmäßig stattfinden sollten, aber vorher niemals stattgefunden haben. Und diese Vernachlässigung trägt mit Schuld an dem Untergang fast aller Passagiere der „Elbe“. Ich konstatiere, daß alle Angaben des Telgramms sich bestätigt haben. Ich stand nicht an, dem Staatssekretär v. Boetticher privatim den Namen meines Gewährsmannes auf sein Verlangen zu nennen. Es war der Vorsitzende der Organisation der Feuerleute, der selber vier Jahre lang als Heizer gefahren ist. Und was war der Dank? Da er Oesterreicher ist, wurde er wenige Monate später als lästiger Ausländer vom Bremer Staate ausgewiesen. (Hört! hört! links.) Er scheint sich durch sein Telegramm an mich „lästig“ gemacht zu haben, denn vorher war er völlig unbehelligt geblieben. Die Ausweisung war die Strafe für seine wahrheitsgetreuen Mitteilungen. Das wird Veranlassung für uns sein, mit der Nennung der Namen unserer Vertrauensleute künftig vorsichtig umzugehen. (Sehr wahr! links.) Die Ausweisung ist ja gewiß nicht Schuld des Staatssekretärs. In Bremen fallen aber offenbar die Lloydinteressen mit den Staatsinteressen zusammen. Der Lloyd ist der Staat. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Der Staatssekretär hat es für nötig befunden, uns zu raten, nicht auf anonyme Mitteilungen hin Anklagen zu erheben. Das thun wir durchaus nicht. Unsere Mitteilungen stammen sämtlich von Leuten, die das Seewesen aus dem ff kennen, und die auch bereit sind, für die Wahrheit ihrer Angaben einzustehen. Nach dem Urteil des Seeamts über den Untergang der „Elbe“ steht fest, daß von 10 Rettungsboten nur drei ins Wasser gebracht worden sind, obgleich vom Augenblick des Zusammenstoßes mit der „Crathie“ bis zum Untergang mindestens eine halbe Stunde vergangen ist.

Die Hauptschuld am Unglück trifft natürlich die „Crathie“, die nur sieben Personen Besatzung hatte. Aber auch auf deutschen Schiffen ist die Mannschaft häufig unzureichend. Auch der wachhabende Offizier auf der „Elbe“, der mit untergegangen ist, scheint seine Pflicht nicht gehörig erfüllt zu haben. Der Reichskommissar, der die Verhandlungen wegen des Unterganges der „Elbe“ unparteiisch geleitet hat, ist auch zu der Ueberzeugung gelangt, daß allerlei auf der „Elbe“ verfehlt worden ist, besonders beim Ausschwenken der Bote. Metzger hat uns von einem neuerbauten Frachtdampfer, der aber auch als Auswandererschiff dienen kann, erzählt, daß sich unter der aus 92 Mann bestehenden Mannschaft nur 8 wirklich seetüchtige befanden. Wie soll diese geringe Zahl 16 Rettungsbote bedienen, die vorhanden sind, um eventuell 1500 Passagiere zu retten? Da ist es wirklich an der Zeit, etwas zu thun, und ich stimme hier einmal mit Herrn von Stumm ganz überein, der gesagt hat, wenn jede Kreissäge staatlich überwacht werde, müsse auch eine staatliche Kontrolle der Seeschiffahrt stattfinden. Die Unfallinspektoren, die wir heute haben, genügen nicht, sie werden gerade um die Fälle herumgehen, wo den Rhedern Ausgaben entstehen. Ich bin überzeugt, müßten die Herrn von der Regierung so häufig Seeschiffe benutzen, wie sie die Eisenbahn benutzen, es wäre längst etwas geschehen. (Sehr richtig b. d Soz.) Die Regierung möge sich nur einmal bei den Nordseeschiffern erkundigen, oder die Protokolle des „Board of Trade“ nachlesen, die feststellen, wie häufig die Schiffe des Lloyd durch außerordentlich rasche Fahrt andern Schiffen Gefahr bringen. Das treibende Motiv ist der Profit. Die Dampfer sollen ihre Fahrten möglichst rasch beendigen, um möglichst viel Fahrten zu machen. Ja, die Kapitäne werden sogar durch Belohnungen angestachelt, möglichst rasch zu fahren. — Metzger hat weiter auf die zunehmende Verwendung von Negern und Chinesen auf den Dampfern hingewiesen. Auch diese Klage ist nicht widerlegt worden. Ebenso steht es mit den Mißhandlungen der Kohlenzieher. Kein Monat vergeht, wo nicht vor den Seeämtern solche Fälle zur Sprache kommen. Arme Leute, die nicht das Geld zur Ueberfahrt nach oder von Amerika haben, verdingen sich auf deutschen Dampfern als Kohlenzieher.

Bei ungenügender Leistung werden sie fürchterlich mißhandelt. Sie sind meistens zu schwach für den schweren Dienst, und die Arbeitszeit ist zu lang. — Der Minister v. Boetticher hat geäußert, daß bei der bevorstehenden Revision der Seemannsordnung auch Seeleute herangezogen werden sollen. Es kommt aber dabei sehr auf die Auswahl an. Herr v. Boetticher wird sich natürlich an die Regierungen wenden, die Regierungen kennen die Arbeiter aber auch nicht, sondern wenden sich an die Rheder, und die bezeichnen ihnen Leute, die ihnen passen, gefügige, abhängige Leute, die sich nicht frei auszusprechen wagen. Diese Art der Vertretung ist für die Arbeiter völlig wertlos. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Arbeiterorganisationen müssen ebenso anerkannt werden, wie die Unternehmerorganisationen. An sie hat man sich zu wenden, sie stellen gewissenhafte, zuverlässige Leute. Im anderen Falle ist die Arbeitervertretung nichts als eine große Komödie. (Sehr richtig und Bravo b. d. Soz.)

Minister v. Boetticher: Ich erkenne zwar die Objektivität des Vorredners an, muß aber bezweifeln, daß er in allem, was er vorgebracht, genügend unterrichtet ist. Bebel hat sich über die Ausweisung seines Gewährsmannes Steiner aus Bremer Gebiet beschwert. Der „Nordd. Lloyd“ hat auf die Ausweisung keinerlei Einfluß geübt. Sie ist lediglich eine Folge der schärferen Handhabung der Vereinspolizei durch den neuen Leiter der Bremer Polizei. Uns lag an der Ausweisung gar nichts. Wir können unsern Bedarf an sozialdemokratischen Agitatoren im Inland decken. (Heiterkeit) Was die Kohlenzieher betrifft, so haben sich erfreulicher Weise die früher so zahlreichen Selbstmorde der Kohlenzieher wesentlich verringert. Der Grund der Uebelstände liegt darin, daß ungeeignete, körperlich herabgekommene Personen zu diesem schweren Dienst angenommen werden. Der „Nordd. Lloyd“ läßt die zu Engagierenden jetzt ärztlich untersuchen. Mißhandlungen der Kohlenzieher sind vorgekommen, sie werden aber unnachsichtlich bestraft.

Abg. Lenzmann (Freis. Vg.): Herr Freese hat mich als Zeugen vorgeschlagen, und ich kann ihm nur alles, was er gesagt hat, bestätigen. Wir haben Schiffe besucht, die sich nicht vorbereiten konnten. Wir haben u. a. gefunden, daß sich die schweren Schotten in 3 bis 5 Sekunden schließen ließen. Ich kann natürlich nicht untersuchen, was auf der Elbe für Mißstände gewesen sind. Aber was ich mit eigenen Augen gesehen habe, ist mir wertvoller, als was sich Herr Bebel von anonymen Berichterstattern erzählen läßt. Ich habe mich nach den sozialdemokratischen Berichterstattern erkundigt und dabei erfahren, daß einer derselben als Kohlenzieher einmal nach Amerika und zurückgefahren ist und wegen Trunksucht entlassen worden ist. (Lärm bei den Sozialdemokraten. Ruf: Freiwilliger Regierungskommissar!) Was habe ich denn von der Regierung. Ich habe mich von diesen Dingen unterrichtet, weil ich es für besser halte, daß sich ein Volksvertreter einmal selbst überzeugt, als daß er so vom Hörensagen hier die ungeheuerlichsten Dinge vorbringt. (Beifall rechts und bei den Freisinnigen.)

Abg. Metzger (Soz.): Herr Lenzmann hat unsere Gewährsmänner verunglimpft. Das muß ich entschieden zurückweisen. Der Staatssekretär hat mit den anderen Ministern vor der Eröffnung des Nordostseekanals eine kleine Besichtigungsfahrt auf einem Schiffe der Hamburg-Amerikanischen Gesellschaft bis nach Brunsbüttel unternommen. Gewiß wird er sich da über die schönen Anzüge der Matrosen gefreut haben. Die Matrosen haben nämlich zu dieser Fahrt einen Extra-Paradeanzug von der Gesellschaft erhalten. (Heiterkeit b. d. Soz.) Als sie aber nach der Fahrt mit ihrer Ueberstundenrechnung kamen, sie hatten 42 Ueberstunden gemacht, da wurde ihnen bedeutet, daß der geschenkte Paradeanzug für diese Ueberstunden gerechnet werde. (Heiterkeit b. d. Soz.) Ueber manche Freisprechungen wegen der Mißhandlungen der Kohlenzieher muß man sich gradezu wundern. Es scheint mir häufig, als verstünden die Schiffsärzte unter Hitzschlag, der nach ihren Zeugnissen so häufig bei Kohlenziehern und Heizern vorkommt, einen Schlag, den diese in der Hitze des Gefechts erlitten haben. (Heiterkeit.) Uebertrieben habe ich nach keiner Richtung! (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Freese (Freis. Vg.) nimmt die Offiziere des Lloyd entschieden in Schutz.

Abg. Bebel (Soz.): Das Gerechtigkeitsgefühl des Herrn Lenzmann hätte ihn vor allem abhalten sollen, hier seine an Verdächtigung grenzenden Behauptungen über unsere Gewährsmänner aufzustellen. Zweideutige Existenzen, die dem Trunke ergeben sind, machen wir nicht zu unseren Vertrauensmännern, soweit müßte Herr Lenzmann unsere Partei doch kennen. Einen unserer Gewährsmänner haben wir ja genannt, es ist jener Steiner, der vier Jahre hindurch Heizer war, und auf dessen Ausweisung ich doch noch zurückkommen muß. Ich muß doch sagen, daß die nonchalante Art, mit der Herr v. Boetticher sie hier gerechtfertigt hat, mir einen sehr bösen Eindruck gemacht hat. Steiner ist Agitator und weil er Ausländer ist, ist ihm Recht geschehen. Herr von Boetticher erklärte, aus den Akten sei zu ersehen, daß auch der Lloyd unschuldig an der Ausweisung ist. Eine solche Naivität hätte ich einem so erfahrungsreichen hohen Staatsbeamten nicht zugetraut. Aus den Akten ist das nicht festzustellen, das glaube ich. Wie sollte denn so etwas aktenmäßig festgelegt werden? Ich weiß aus sicherer Quelle, daß, als ich am Sonnabend, den 14. Februar vorigen Jahres, dem Herrn Staatssekretär den Namen genannt hatte, schon am folgenden Tage der Vorsitzende des Nautischen Vereins, Herr Sartorius, den Namen auch wußte. Daß nun Herr Sartorius privatim den Bremer Senatsmitgliedern Mitteilung gemacht hat, ist für mich ganz klar. Den aktenmäßigen Weg wird er dabei nicht eingeschlagen haben. Was eben andern Recht ist, ist dem Arbeiter nicht billig, und ist es ein Ausländer, so wird er ausgewiesen, mag er noch so lange Jahre in Deutschland seine Knochen für deutsche Interessen zu Markte getragen haben, mag er aus noch so edlen Motiven für die Interessen seiner Arbeitsgenossen eingetreten sein.

Dem Abg. Lenzmann muß ich sagen, ich habe mich auch über meine anderen Gewährsmänner genau erkundigt, einer von ihnen ist 14 Jahre zur See gefahren, hat also wohl ein Urteil, und dieser Mann erklärt, daß die Schotten auf den Schiffen häufig nicht genügend funktionieren. Herr Lenzmann will uns glauben machen, daß die Lloydschiffe gänzlich unvorbereitet auf seine Inspektion waren. Herr Lenzmann ist mit seinem Freunde Freese in Bremen gewesen etwa vier Wochen nach der Interpellation Stumm und den vorjährigen Etatsverhandlungen. Daß nach diesen Verhandlungen manches geschehen ist, was man bis dahin unterlassen hatte, ist doch ganz klar. Kapitän Wislicenus, ein Mann, der doch gewiß nicht „gegen das Kapital hetzt“, hat gegen den Kapitän des „Skagen“ in einem Artikel des „Grenzboten“ den Vorwurf erhoben, daß er mit vollem Dampf in den Nebel gefahren sei. Sie sehen, ich kann beweisen, was ich behaupte, soweit es einem Abgeordneten nur möglich ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Lieber (Z.): Ich bin auf vier Schiffen des Lloyd auf See gefahren und habe mich insbesondere mit den Verhältnissen des Zwischendecks vertraut gemacht. Die Schottenthüren habe ich im besten Zustande gefunden. Diese Zeugnisse scheinen dem Herrn Bebel aber nicht zu passen; wir sollen hingegen die Zeugnisse seiner Kohlenzieher als maßgebend hinnehmen. Diese Zumutung weise ich zurück.

Abg. Metzger (Soz.) wendet sich gegen eine Aeußerung des Abg. Freese, daß die schwarzen Heizer leistungsfähiger seien als die weißen. Die Unternehmer stellen schwarze Heizer an, weil sie in ihnen billigere und auch willigere Arbeitskräfte erlangen, das ist der einzige Grund. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Diskussion wird darauf geschlossen, das Kapitel bewilligt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung des Reichsamts des Innern. Novelle zur Gewerbeordnung. — Schluß 5 ¼ Uhr.

Politische Uebersicht.

* Bielefeld, 31. Januar.

Zu den Marineprojekten bemerkt die „Köln. Volkszeitung“, es gehe etwas vor, es stehe eine wirkliche Marinevorlage in Aussicht und an maßgebender Stelle sei von einem Verzichten keine Rede. „Der Reichskanzler ist schon deshalb kein Freund des Planes, weil er sich die parlamentarischen Schwierigkeiten nicht verhehlt. Auch der Staatssekretär des Marineamts soll gar nicht so sehr für die Idee schwärmen. In den „maßgebenden Kreisen“ rechnet man aber mit einer Hurrahstimmung, wie sie der Transvaal-Zwischenfall erzeugt hat. Das „Weltreich“ und das „größere Deutsche Reich“ sind Schlagworte, die bei Neuwahlen alle Bedenken wegen der ungeheuren Belastung des Volkes und wegen der Unmöglichkeit, zugleich zu Lande und zur See der mächtigste Staat zu sein, über den Haufen werfen sollen.“

Wie sich die Sache noch entwickeln wird, sei schwer abzusehen. „Man wird aber immerhin mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß im Interesse der Marinepläne die Regierungspolitik plötzlich eine Schwenkung nach der Seite bisher zurückgewiesener Forderungen des Bundes der Landwirte macht, um so die Konservativen für die Pläne zu gewinnen und ihnen zugleich aus der jetzigen Patsche zu helfen. Wie man freilich diese Forderungen erfüllen wollte, das ist eine schwer zu beantwortende Frage. Die jetzigen leitenden Männer der Regierung würden jedenfalls nicht dabei beteiligt sein. Jedenfalls ist man in politischen und parlamentarischen Kreisen jeder Ueberraschung gewärtig. Als Nachfolger des Fürsten Hohenlohe werden bereits mehrere Persönlichkeiten genannt.“

Ein hübsches Eingeständnis macht das Berliner Bismarckblatt gelegentlich der Diskussion über die Marineprojekte. Es schreibt: „Wir verkennen nicht, daß mit dem Anwachsen der Flotte die Gefahr verbunden ist, auch die Neigung zur Einmischung in allerlei Händel wachsen zu sehen. Aber diese Gefahr ist schwerlich größer, als bei jeder Verstärkung des Landheeres die Gefahr wachsender Neigung, davon Gebrauch zu machen.

Was hier zur Bemäntelung der Gefahren gesagt wird, kennzeichnet sie recht treffend. Der Militarismus ist nicht der Friede, sondern eine stete Gefahr für den Frieden. Je mehr er sich auswächst zu Wasser oder zu Lande, desto größer wird die Gefahr.

Deutsches Reich.

Berlin, 30. Januar. Der preußische Landtag begann heute die erste Beratung des Lehrerdotationsgesetzes. Wenn auch durch dieses Gesetz einige Lehrerklassen etwas besser gestellt werden, als bisher, so sind doch im allgemeinen die hierfür zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichend. Zwar nannte der Kultusminister v. Bosse das Schulwesen das kostbarste Juwel in der preußischen Krone, aber allzu teuer kommt dieses „Juwel“ dem Staate nicht zu stehen. Für militärische und ähnliche kulturfördernde Zwecke ist mehr Geld vorhanden. Die Vorlage wurde außer von dem Kultusminister auch von dem Finanzminister Dr. Miquel verteidigt, der namentlich den Vorwurf, als trage das Gesetz einen agrarischen Charakter, als haltlos zurückweist. Eine ablehnende Stellung nahm nur der Redner der Nationalliberalen, Abg. Seyffart ein, der die größere Heranziehung der Städte zu den Kosten mißbilligte. Die Konservativen und das Zentrum wünschen am liebsten ein allgemeines Volksschulgesetz auf christlicher Grundlage im Sinne des gescheiterten Zedlitzschen Entwurfs. Da sie aber dies noch nicht erreichen konnte, so wollen sie sich einstweilen mit dem genannten Gesetz begnügen. Gegen ein Volksschulgesetz wandten sich in scharfem Tone der Freikonservative Tzschoppe, da ein solches Gesetz in der heutigen Zeit, wo die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gegensätze so stark wären, nur denen zu gute käme, die sich über den Zwist der staatserhaltenden Parteien freuen, um ungestört ihre Maulwurfsarbeit vollenden zu können. Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

— Fall Hammerstein. Der Prokurist der durch den Fall Hammerstein bekannt gewordenen Papierfirma Flinsch ist flüchtig geworden. Derselbe soll die Wechselgeschäfte mit Herrn v. Hammerstein gemacht haben. Der Inhaber der Firma hat an die Berl. „N. N." nachstehende Mitteilung gemacht:

Hans Priemer war Stadtreisender bei mir, zeichnete meine Firma in Kollektiv-Prokura, war weder Kassierer noch hatte er mit der Kasse etwas zu thun. Seine Veruntreuungen bestehen in Warenverkäufen, erstrecken sich auf einen Zeitraum von 1¼ Jahren und erreichen nicht entfernt den von mehreren Blättern angegebenen hohen Betrag. Ein Zusammenhang Priemer—von Hammerstein existiert nicht.

Anders dagegen lauten die Mitteilungen darüber in der „Deutschen Gastwirt-Ztg.:

„Der Chef des Flüchtlings hatte die außerordentliche Nachsicht, vom Tage der Abreise seines Angestellten bis zu dem Tage seiner Landung in Newyork, wo das fragliche Haus eine Filiale besitzt, Stillschweigen zu beobachten. Erst am vergangenen Sonnabend, am Tage, an welchem der Ausreißer in Newyork gelandet war, waren die hiesigen Zeitungen in der Lage, von der Thatsache des Verschwindens Mitteilung machen zu können. Wie groß aber der Edelmut des Prinzipals war, geht aus der uns verbürgt zugegangenen Mitteilung hervor, daß der Chef seinem jungen Mann beim Abschied noch 3000 Mark Reisegeld zugesteckt haben soll. Und nun kann Herr v. Hammerstein ruhig nach Berlin ausgeliefert werden. Die ihm nahestehende Partei dürfte von seinen Indiskretionen kaum noch etwas zu befürchten haben. Der Sündenbock ist gefunden, er rückte gerade zur gelegenen Zeit aus."

Die Firma Flinsch, die in der vorhin abgedruckten Mitteilung an die „N. N." der Angelegenheit einen verhältnismäßig harmlosen Anstrich gegeben hat, wird nicht umhin können, sich auch über die Angriffe, welche die „Gastwirts-Zeitung" bringt, zu äußern. Wir müssen gestehen, uns klingen deren Angaben und Schlußfolgerungen etwa unwahrscheinlich.

Schwerin. Etwas von der mecklenburgischen Versammlungs-„Freiheit"! Genossin Steinbach aus Hamburg wollte am 22. Januar in Schwerin in einer allgemeinen Gewerkschaftsversammlung, welche von etwa 300 Personen besucht war, über die gegenwärtige Lohnbewegung der Konfektionsschneider und -Schneiderinnen referieren. Sie hatte eben dargelegt, daß es bei dem rapiden Sinken der Löhne und dem immer weiteren Umsichgreifen der Frauenarbeit in der Konfektionsbranche bald dahin kommen werde, daß die männlichen Arbeiter zu Hause die Kinder warten könnten, während ihren weiblichen Kollegen bei 50—80 Pfg. Tagelohn nichts weiter übrig bliebe, als sich der Prostitution in die Arme zu werfen. Sie erzählte, daß bei der im vorigen Jahre in Berlin stattgehabten Schneiderkonferenz u. a. ein Berliner Konfektionsschneider, allen vernünftigen Erwägungen gegenüber, stets dabei geblieben sei: „Wir brauchen keene Orjanisation, und wir wollen keene Orjanisation!" Mit solchen Kollegen aber, die es darauf ankommen lassen wollen, bis die Masse vollständig versumpft ist, können wir keine Lohnbewegung in der Konfektionsbranche durchführen. Wir müssen erst die Konfektionsschneider und -Schneiderinnen in den Schneiderverband hereinzuziehen suchen. — — Bei diesen Worten sprang der die Versammlung überwachende Stadt-Wachtmeister auf und erklärte: „Hiermit schließe ich die Versammlung!" — Alle Einwendungen des Vorsitzenden und der Referentin nutzten nichts, die Versammlung mußte resultatlos auseinandergehen! Wie gut hat es doch das „staatserhaltende" Unternehmertum im Wahlkreise des hochedlen Herrn Landgerichtsdirektors von Buchka bei der gänzlichen Abwesenheit eines Vereins- und Versammlungsgesetzes. Wo keine Paragraphen existieren, braucht ein Ueberwachender auch lästigen Fragern natürlich nicht zu sagen, kraft welches Paragraphen er eine ruhig und würdig verlaufende Versammlung auseinander treibt.

Aus dem Auslande.

Frankreich. Zu einem Sieg der Sozialisten gestaltete sich die Generalratswahl in Carmaux (Frankreich). Von den 4446 eingeschriebenen Wählern stimmten 3503. Der sozialistische Kandidat Soulié wurde mit 1907 gewählt gegen 1567 Stimmen, welche der Republikaner Dr. Sudre erhielt. Die Hoffnung auf Spaltung oder gänzlichen Zerfall der sozialistischen Partei von Carmaux, welche die Kapitalisten an die Wirren wegen der Elashütte knüpften, ist also nicht in Erfüllung gegangen. Die Differenzen waren nicht von so erheblicher Natur, daß sie eine Spaltung oder Unthätigkeit der Parteigenossen in einer wichtigen politischen Frage hätten herbeiführen können. Der Beweis hierfür liegt jetzt vor in der Wahl von Carmaux. Dort galt es, an Stelle des schnöderweise gemaßregelten Calvignac einen anderen Maire und Generalrat zu wählen. Die Gegner setzten Himmel und Hölle in Bewegung, um den Sozialisten das Mandat zu entreißen und jener Schiedsspruch wurde weidlich ausgenutzt. Herr Reßéguier und seine Myrmidonen arbeiteten Tag und Nacht fieberhaft. Ihr Kandidat, ein Herr Sudre, hatte die Unterstützung der meisten Beamten. Der sozialistische Kandidat Soulié, wurde mit Kot beworfen. Alles umsonst.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 31. Januar.

— **Gewerkschaftsversammlung.** In der am 24. Januar abgehaltenen Gewerkschaftsversammlung erstattete Genosse Schumann als Vorsitzender des Kartells Bericht über die Thätigkeit desselben. Es sind 13 Sitzungen im verflossenen Jahre abgehalten, in welchen man sich in den einzelnen Sitzungen zunächst mit den Gewerkschaftsfesten, mit dem Dachdecker- und Zimmererstreik, mit einer ins Leben zu rufenden Schmiedeorganisation, mit dem Feilenhauerstreik bei Zimmermann und schließlich mit der Herausgabe von Fragebogen zur Aufstellung einer Statistik beschäftigte. In der Diskussion wurde hauptsächlich betont, daß das Kartell etwas mehr Fleiß an den Tag legen möchte, namentlich in der Agitation, und wurde dann dem Kartell Decharge erteilt. Hierauf erhielt Genosse Schreck das Wort über den Gewerkschaftskongreß in Berlin. Redner führt an, daß die Generalkommission ihre Schuldigkeit gethan habe, namentlich in Ost- und Westpreußen, und daß dieselbe auch weiterhin fortbestehen müsse. Eine Diskussion fand nicht statt und wurde die Versammlung um 11½ Uhr geschlossen.

— **Gewerkschaftskartell.** In der Sitzung am 27. d. M. wurde als erster Punkt die Konstituierung des neuen Kartells und die Vorstandswahl für 1896 erledigt und hierauf die Abhaltung des diesjährigen Winterfestes im Lokale des Herrn Wellmann-Gadderbaum am 16. Februar beschlossen. Das Entree für das Fest, das aus Konzert, Gesangvorträgen und Tanz bestehen soll, wurde für Herren auf 20 Pfg. für Damen auf 10 Pfg. festgesetzt, und die Vertreten wurden aufgefordert, für dasselbe fleißig zu agitieren. Von zwei vom Metallarbeiter-Verband beim Kartell eingegangenen Anträgen wurde der erste Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, während der zweite Antrag, betr. Stimmberechtigung der Kartell-Stellvertreter, einer gewählten fünfgliederigen Kommission, der die Neubearbeitung des Statuts übertragen war, zur Berücksichtigung überwiesen wurde. Zum Schluß wurde eine Kommission aus fünf Vertretern gewählt, der die Bearbeitung der in diesem Monate aufgenommenen Statistik übertragen wurde.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen.

Sozialdemokratischer Verein
für Bielefeld und Umgegend.
Sonnabend, 1. Februar, abends 8½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in der **Central-Halle** am Kesselbrink.
Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. **Franz Lütgenau**-Dortmund. 2. Diskussion. 3. Verlesung der Restanten. 4. Entgegennahme von Anträgen.
Zahlreichen Besuch erwartet [209
Der Vorstand.

Schweine-Versicherungs-Verein Sieker II.
Sonntag, den 2. Februar 1896, nachmittags 4 Uhr:
Außerordentliche
General-Versammlung
beim Wirt **Hermelbracht.** [220*
Tagesordnung: 1. Umwahl des Vorstandes. 2. Verschiedenes.
Alle Mitglieder ladet hierzu dringend ein
Der Vorstand.

Bünde.
Am **Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 5 Uhr,** findet im **Niemeyers** Saale eine [217
öffentliche Versammlung
der Bauhandwerker und Bauarbeiter
statt, wozu auch die Meister hierdurch eingeladen werden.
Zweck der Versammlung ist Einführung der 10stündigen Arbeitszeit.
Der Einberufer.

Allg. Arbeiter-Verein für Sieker u. Umgegend.
Sonnabend, den 1. Februar, abends 8½ Uhr:
Oeffentl. Mitglieder-Versammlung
im Lokale des Wirts **Hermelbracht** in Sieker II.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge.
2. Vortrag des Genossen **C. Hoffmann:** Die politische Lage und die Sozialdemokratie.
3. Verschiedenes. [202
Die Bewohner von Sieker und Umgegend werden eingeladen, recht zahreich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Zur
Konfirmation
empfehle mein reichhaltiges Lager in
Buckskins, Kamgarn, Cheviotstoffen
und Anzügen. 162
Anfertigung nach Maß. Für guten Sitz übernehme die weitgehendste Garantie. Ferner empfehle meine Damenschneiderei zur Anfertigung von **Kleidern, Mäntel und Umhängen** zu äußerst soliden Preisen. Auch empfehle mein reichhaltiges Lager in **Damenkleiderstoffen** von den billigsten bis zu den feinsten Genres.
Rüschen, Kragen, Vorhemden, Manschetten, Schlipse u. Kravatten, Umhänge, Blousen, Hüte 2c. 2c.
zu den billigsten Preisen.
Fr. Bunte.
Fr. Bunte, Heeperstraße 48. — Rabensb. Spinnerei. — Neben der Aktien Brauerei. — Gegen Cassa. — Anfertigung nach Maass.

Sektion
der Feilenarbeiter, -Hauer und verw. Berufsgenossen,
Zahlstelle Bielefeld.
Sonntag, den 2. Febr. morgens 10 Uhr:
Versammlung
im Lokale des Herrn **Wellmann.**
Tagesordnung im Lokal.
Zahlreiches u pünktliches Erscheinen erforderlich. [206
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein
für Gadderbaum und Umgegend.
Sonnabend, den 1. Februar, abends 8½ Uhr:
Mitgldr.-Versammlung
im Lokale des Herrn **H. Wellmann.**
Tagesordnung im Lokal.
Um zahlreiches Erscheinen aller Genossen ersucht [226
Der Vorstand.


Haus-Verkauf.
Ein neuerbautes schön gelegenes Haus mit 2 Scheffelsaat Land ist umständehalber unter günstigen Bedingungen sofort zum Preise von 4000 Thaler zu verkaufen. [204*
Offerten unter K B an die Exped. dieses Blattes.

Ich suche auf sofort oder zum 1. April ein [229*
tücht. Dienstmädchen.
Kronenstraße 16.

An die Malergehilfen Bielefelds!
Sonntag, den 2. Februar, vormittags 9½ Uhr:
Oeffentliche
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Wahl der Vertreter zum Gewerkschaftskartell. 2. Unsere Lohnverhältnisse, und sind wir gewillt, dieselben zu verbessern? 3. Verschiedenes. [219

Oerlinghausen.
Allg. Arbeiterverein für Oerlinghausen u. Umgeg.
Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr:
Ordentliche 22?
General-Versammlung
im Saale des Herrn **Ad. Niewald.**
Tagesordnung im Lokal.
Um recht zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Suche per sofort ein [221*
Dienstmädchen
für Haus und Küche.
Frau Gymnasiallehrer
Kottenkamp Ww., Wiesenstr. 11.

Todes-Anzeige.
Gestern Morgen 10 Uhr starb nach kurzen aber schweren Leiden unser innigstgeliebtes Töchterchen [93*
Ella
im Alter von 3 Jahren.
Die trauernden Eltern
Karl Pankoke
und Frau geb. Twelker.

Für Konfirmanden!
Schwarze Cachemirs, Crêpes, Cheviots, Croisés, Mohairs, anerkannt gut, sehr preiswert, 70, 80, 90, 100, 125, 150, 175, 200 Pfg. u. höher.
Wunderschöne farbige Kleiderstoffe in den neuesten Farben und Geweben, billigst, 50, 60, 70, 90, 100, 120, 140, 160, 175, 200 Pfg. und höher.
Flanelle in Baumwolle, Halb- und Ganzwolle, Unterröcke, Schürzen, nur gute Qualitäten, sehr billig.
Kleider- und Schürzen-Siamosen, vollständig echt, neue schöne Muster, **extra billig.**
Konfirmanden-Regenmäntel, -Jackettes und -Kragen in allen Grössen und Preisen.
Buckskins, Kammgarne, Cheviots, vorzüglich 2, 3, 4, 5, 6 Mark und höher. **Konfirmanden-Anzüge** fertig und nach Mass.
224 **Julius Westenhoff,** früher Piderit-Meyer.

Wilhelm Lilienstern & Co.

Steinstraße 3—5. **Bielefeld.** Nahe beim Neumarkt.

Nach beendeter Inventur verkaufen wir sämtliche noch vorrätigen

Wollwaren

sowie die leicht angeschmutzten Artikel aus unseren Abteilungen Weißwaren und Wäsche, ferner sämtliche

Reste und alle zurückgesetzten Sachen

unseres gesamten Warenlagers

bis zum Sonnabend, den 8. Februar,

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

(Die herabgesetzten Preise sind auf allen Artikeln mit Blaustift geschrieben.)

Wilhelm Lilienstern & Co.

171

Steinstraße 3—5. **BIELEFELD.** Nahe beim Neumarkt.

Die ordentliche General-Versammlung

des [218

Bielefelder Konsum-Vereins

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht)

wird **Sonnabend, den 8. Februar 1896,** im Lokale des **Arbeiter-Bildungs-Vereins** hier abgehalten.

Die Eröffnung der General-Versammlung erfolgt abends pünktlich um 8 Uhr.

Tagesordnung:

1. Vorlesung des Protokolles der letzten General-Versammlung.
2. Mitteilung der Jahresrechnung für 1895 und Berichterstattung über die Prüfung derselben durch den Aufsichtsrat.
3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresrechnung und über die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
4. Beschlußfassung über die Verteilung des am Warenverkauf erzielten Ueberschusses.
5. Neuwahl für die nach dem Turnus bezw. nach § 12 des Statuts ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsrats-Mitglieder.
6. Festsetzung der Entschädigung für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder für das Jahr 1896.
7. Anlegung von Vereinsgeldern außerhalb des Warengeschäfts nach § 20 e des Statuts.
8. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat

des Bielefelder Konsum-Vereins (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht). S. Stüker, Vorsitzender.

P. S. An den General-Versammlungen können nur Vereinsmitglieder teilnehmen.

Geschäfts-Eröffnung.

Den Einwohnern von Bielefeld und Umgegend zur gefl. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage im Hause des Herrn **Fechtel** an der **Ulmenstrasse 9a** (neben der „goldenen Acht") eine 208

Tabak- u. Zigarren-Handlung

eröffnete. Ich ersuche freundlichst, hiervon Notiz zu nehmen und bitte um geneigten Zuspruch.

Achtungsvoll

Carl Schreck,
9a Ulmenstrasse 9a.

Prima Kau- und Schnupftabak, Zigaretten 2c.

Oeffentl. Maurer-Versammlung

Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn **W. Fohrmann,** Webereistraße.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Lohnbewegung.
2. Verschiedenes.

Sämtliche Maurer und Stuckateure von Bielefeld und Umgegend werden hierzu besonders eingeladen. [210

Der Einberufer.

Inventur-Ausverkauf.

Als **außergewöhnlich vorteilhaft** empfehle: 225

Große Posten

RESTE

in Hemdentuchen, Halbleinen, Handtücher,
Bettzeugen,
Barchend, Gardinen, Pelz-Piqué,
Kleiderstoffen
usw. usw.

Auf der Rückseite eines jeden Etiquetts der ferner für den Inventur-Ausverkauf ausgelegten Waren ist der Verkaufspreis mit Rotschrift vermerkt.

Für Konfirmanden

trafen heute **mehrere Sendungen** der

neuesten Kleiderstoffe

schwarz und farbig

ein, welche **zu aussergewöhnlich billigen Preisen** zum Verkauf ausliegen.

Gladbacher Fabrik-Lager

Heinr. Hirz

Oberstraße 35 Bielefeld, gegenüber der **kathol. Kirche.**

Kinder-Ausstattungen

als [3



Hemdchen, Jäckchen, Wickelbänder, Wickeltücher, Kindertücher, Taufkleidchen, Wollene-, Kattun- und Barchend-Kleidchen, Tragröcke, Steckkissen, Taufhäubchen und Hütchen, Lätzchen, Taillenbändchen, Korsettchen, Kinderschürzen. Wasserdichte Betteinlagen, Gesundheits-Korsetts, Wagendecken Zahnhalsketten 2c. äußerst billig im

Baby-Bazar

Herm. Sauerland,
15 Gehrenberg 15.

Allgem. Arbeiter-Verein

für Schildesche u. Umgeg.

Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr:

Mitgldr.-Versammlung

b. Wirt Schürmann, Hellingskrug, Herforderstraße. [223

Tagesordnung: 1. Hebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Ausgabe der Mitgliedskarten. 3. Bücher-Ausgabe. 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein

für **Brackwede** und Umgegend.

Sonnabend, den 1. Febr., abends 8½ Uhr:

Mitgldr.-Versammlung

im Lokale des Herrn Wehmeier.

Tagesordnung im Vereinslokal.

Um zahlreichen Besuch bittet

227] **Der Vorstand.**

Ausnahmsweise **schönes Fleisch** von einem 4jährigen **Pferde.**



288*] **F. Hildebrandt.**
Pferdemetzger, Kronenstr. 10.